

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 93.

Freitag, den 22. April 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Hunger in Rußland!

Die Hungersnoth paßt der zarischen Diplomatie nicht, darum verschweigt man sie. Als 1891 und 1892 die Hungersnoth war, schlug die Presse Lärm, die öffentliche Wohlthätigkeit regte sich, die „Intelligenz“ machte sich mit Feuereifer daran, die bescheidenen Mittel, die man zusammengebracht hat — auch die Regierung gab Geld her — möglichst ausgiebig zur Speisung der Hungernden zu verwenden, und als der Hungertyphus und die Cholera hinzukamen, hatte sie erst recht zu thun.

Nun wiederholen sich die Hungerjahre — das kommt zu schnell, um die öffentliche Wohlthätigkeit abermals in gleichem Maße in Bewegung zu setzen. Man hat sich an die Hungersnoth gewöhnt. Und was ist denn außerordentliches daran: man wußte längst, daß der Ruschil langsam verhungert, jetzt sieht man ihn rasch verhungern, man sieht ihn Hungers sterben, währenddem man schon früher genau wußte, daß er Hungers stirbt. Das öffentliche Gewissen des russischen Bürgertums schließt die Augen vor der unabwendbaren Thatsache. Auch hat die Regierung den Zeitungen verboten, von der Sache viel Aufhebens zu machen. Denn das stört die Kreise der zarischen Diplomatie, die ebenfalls Hunger hat — Landhunger. Der hungernde Bauer muß schweigen — und schweigend sinkt er in's Grab — damit die Stimme des russischen Selbstherrschers sich desto frecher im „europäischen Konzert“ erhebe. Aber ganz läßt sich der Hunger der Massen nicht verheimlichen, und so bringt auch augenblicklich eine Kunde in die russische Presse, die auf einmal die große Noth in ihrem düsteren Glend aufdeckt.

Die Gesellschaft des „rothen Kreuzes“, deren eigentliche Aufgabe bekanntlich die Organisation der sanitären Hilfe während des Krieges ist, ist nämlich aus zahlreichen Gegenden des Hungergebietes um Unterstützung angegangen worden. Und da diese Gesellschaft über einige, wenn auch relativ geringe Mittel, verfügt, so hat sie beschlossen, ihr möglichstes zu thun. Die Unzulänglichkeit der Mittel dieser Gesellschaft hat sich bald gezeigt, und so wendet sie sich jetzt mit einem Aufruf zur öffentlichen Sammlung an die Presse. Auch die Regierung konnte nicht umhin, dem „rothen Kreuz“ behufs Vertheilung der Unterstützung die administrativen Organe zur Verfügung zu stellen. Die Sache trägt also einen halbamtlichen Charakter. Den Mittheilungen des „rothen Kreuzes“ entnehmen wir Folgendes über die Situation:

Das Ministerium des Innern hat auf Anfrage der Gesellschaft als „die am meisten von der Noth betroffenen Gouvernements, die einer raschen und energischen Unterstützung bedürfen, folgende angegeben: Woronjesch, Kaloga, Drlow, Kurl, Njājan, Stawropol, Tambow, Tula. „Wenn wir einen Blick werfen auf die Karte des europäischen Rußlands, so bilden die Gouvernements der Misernthe — mit Ausnahme des Gouvernements Stawropol, das apart liegt — in dem „russischen Meer“ eine gewaltige Insel von 360 000 Quadrat-Kilometer mit einer Bevölkerung von 14 000 000. Dieses hungernde Gebiet leidet grausame Noth. Besonders schlecht ergeht es den Gouvernements Drlow, Tula, Woronjesch und Njājan.“ Zur Illustration werden folgende Beispiele angeführt:

Das Dorf Krestii im Gouvernement Tula. Schon jetzt ist die Noth größer, als während der früheren Hungerjahre. Damals wurde wenigstens das Sommergetreide geerntet, jetzt ist gar nichts da: weder Brodgetreide, noch Ausfaat, noch Futtermittel für das Vieh. Die Misernthe des vorigen Jahres macht die Bestellung der Felder zur vollkommenen Unmöglichkeit, weil die Ausfaat fehlt, so daß die Einwohner, die jetzt schon Noth leiden, auch für die Zukunft nichts gutes erwarten können: sie sind vollkommen dazu verurtheilt, wenn ihnen nicht geholfen wird, entweder zu verhungern, oder auszuwandern. Das Semstwo zeigt sich ohnmächtig, der Noth zu helfen und hat jedwede materielle Unterstützung abgelehnt.

Kreis Teletz im Gouvernement Drlow. Die Versammlung des Semstwo hat ein Gesuch an die Regierung gestellt, daß dem Kreis 600 000 Rubel Getreide auf Staats-

kosten geliefert werden, da ohne dies die Bevölkerung nicht im Stande ist, „den Hunger zu überwinden“. Der Kreis ist waldarm, so daß der völlige Strohman gel ihn doppelt trifft: kein Futter für das Vieh und kein Heizungs mittel. In diesem Kreis hat man bereits die Strohdächer der Wohnhäuser als Futtermittel für das Vieh verbraucht.

Der Schulrath des Kreises Witwend berichtet über einen ungeheuren Zubrang von Schülern in die Kreis schulen und erklärt das damit, daß die hungernden Eltern die Kinder in die Schule fortjagen, um nicht ihren Brodschrei zu hören. Der Schulrath bittet, ihm 45 000 Rubel zu bewilligen, um die Kinder speisen zu können; bei einer Verwendung von 75 Kopeken (150 Pfennige!) monatlich per Schüler glaubt er 10 000 Kinder 6 Monate lang halbwegs durchzufüttern zu können.

Und so geht es weiter: kein Brod, keine Futtermittel, keine Ausfaat. Der Bauer ist ruiniert, die Vorrathskammern sind leer, die Klassen der Semstwo sind leer. Das Arbeitsvieh wird bezimert, die Bevölkerung wird bezimert. 300 000 Kilometer, ein Gebiet, das größer ist als das Königreich Preußen, und das alles ein einziger Kirchhof!

Folgende Zahlen seien noch mitgetheilt zum Vergleich mit der Hungersnoth 1891/92. Im Mißjahr 1891 betrug die Roggenernte im Gouvernement Drlow 15 953 680 Pud, das macht 9,28 per Desjatine der Ausfaat —, jetzt beträgt die Ernte bloß 15 112 508, also 8,17 per Desjatine. Im Gouvernement Tula: 1891 — 9 920 000, per Desjatine 7,91 —, 1897 dagegen nur 9 204 000, per Desjatine 7,20. Stroh wurde im Gouvernement Drlow zweimal weniger geerntet als 1892 und im Gouvernement Tula dreimal weniger.

Und angesichts dieser gräßlichen Noth wirft die zarische Regierung 90 Millionen Rubel, 200 Millionen Mark, auf einmal auf den Tisch, um Panzerschiffe zu bauen! Und zu gleicher Zeit werden Millionen für Eisenbahnbauten ausgegeben. Auf dem Bauernthum, diesem verhungern den Bauernthum beruhen aber noch immer auch die Staatsfinanzen Rußlands. Hat man je eine tollere Wirthschaft gesehen? Aber diese ungläubliche Frechheit, mit der das Barenthum auftritt, imponirt und blendet. Auf wie lange? Der finanzielle Zusammenbruch des russischen Absolutismus ist ebenso unvermeidlich, wie der wirtschaftliche Zusammenbruch des russischen Bauernthums unvermeidlich war, den man ebenfalls seit vielen Jahren vorausgesagt hatte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Wahlausruf unserer Fraktion läßt die Gegner nicht zur Ruhe kommen. Das Späßigste an den Vorwürfen ist, daß die Rundgebung unserer Abgeordneten die Endziele der Partei für unsere Gegner nicht entschieden genug zum Ausdruck kommen lasse. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß es den Schlotbaronen lieber wäre, wenn wir von den Umlaufsmitteln in der zukünftigen Gesellschaft, statt von den auf die Koalitionsfreiheit geplanten Attentaten sprechen und daß es die Agrarier sicherlich lieber sehen würden, wenn wir nicht von den schwarzen Vätern der Brodvertheurer gegen die Kaufkraft des Volkes und die geringen Freiheiten der Landarbeiter, und von ihren Wünschen, Rußland statt deutscher Arbeiter zu verwenden, sprächen, sondern statt dessen die Kindererziehung in der sozialistischen Gesellschaft behandelten.

Die Thatsache, daß die bürgerliche Presse so viel Schweiß und Tinte an der Kritik unseres Wahlausrufs verbraucht, beweist, wie sehr er gelungen ist.

Vom blauen Blut. Das „Deutsche Adelsblatt“ hat nun glücklich herausgefunden, warum sich den deklassirten Adelligen jenseits des Ozeans häufig keine andere Existenz als etwa die des Kellners bietet. Man höre und staune:

„Weil der Adel seit altersher gewohnt ist, seine Söhne einem Berufe zuzuführen, in dem sie zwar lernen, wie man sein Blut für König, Volk und Vaterland vergießt, nicht aber, wie man im bürgerlichen Erwerbseben geschickt fortkommt und schnell zu Gut und Geld gelangt.“

Das ist gewiß eine schöne Phrase, leider aber auch eine hohle, denn das Recht, sich im Kriege todtschießen zu lassen und als Kanonenfutter zu dienen, ist heute weniger denn je ein erhabenes Vorrecht

des Adels. Der Adel lernt daher nicht sein Blut für das Volk zu vergießen, sondern höchstens das Blut des Volkes vergießen à la Brüßelwisch usw. Sodann sind bei allen blutigen Gräueltathen — um bei dem Blute zu bleiben — es mindestens etliche Adelige mit hochtönenden Namen, die als Lockvögel an der Spitze stehen, ein Beweis, daß die Söhne des Adels resp. deren ehrenwerthe Väter es sehr wohl verstehen und gelernt haben, im bürgerlichen Erwerbseben geschickt fortzukommen und schnell zu Gut und Geld zu gelangen. Das ist jedenfalls auch „standesgemäß“ nach den Anschauungen des „Deutschen Adelsblattes.“

Die Landtagswahlen in Sachsen-Altenburg, welche am 19. d. M. stattfanden, endeten, soweit sich bisher übersehen läßt, mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie. Die bis jetzt eingegangenen Resultate zeigen die Niederlage des „Ordnungs“Küngels und den Vormarsch der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie. In der Stadt Altenburg siegte Genosse Buchwald mit 1539 (1895: 1378) über den Gegner Postaposteler Kurze, der 1215 (1895: 1124) Stimmen erhielt. Das Bestreben, den „letzten Mann“ an die Urne zu bringen, ist vorwiegend dem sozialdemokratischen Kandidaten zu Gute gekommen. In den Städten Ronneburg, Schmölln, Gößnitz, Luda, Meuselwitz siegte Genosse Käppler mit großer Mehrheit über den ordnungsparteilichen Gegenkandidaten Gärtner Hauschild in Luda. In den Städten Eisenberg, Kahla, Roda, Delamünde, Raschhausen siegte Genosse Horn mit 563 Stimmen über den bisherigen Vertreter der 3. Abtheilung, Rektor Herrmann in Kahla, der 302 Stimmen erhielt, aber in der 2. Abtheilung an Stelle des bisherigen agrarischen Abgeordneten Schilling in Roda gewählt wurde. In den ländlichen Ortschaften des Amtsgerichtsbezirks Altenburg ist der Sieg des bisherigen Abgeordneten Genossen Reim über den Kandidaten des Bundes der Landwirthe, Zimmermeister Appel, sicher. Für Reim wurden bis Abends 11 Uhr über 1000 Stimmen gezählt, während sein Gegner 600 hatte. Die fehlenden Orte können das Resultat nicht mehr ändern. In den ländlichen Ortschaften der Amtsgerichtsbezirke Schmölln und Ronneburg wurden bis jetzt für den bisherigen Abgeordneten Genossen Schüler über 300 Stimmen gezählt, für seinen Gegenkandidaten, Amtsvorsteher Stöbner in Zschöpel (Bund der Landwirthe), 250. Aus dem Kreise Klosterlausniz Hermisdorf (bisheriger Vertreter Gemeindevorsteher Opel in Hermisdorf) wurden bis zum 19. April Abends gezählt in den Orten: Hermisdorf, Schleifreisen, Gangloff, Klosterlausniz, Weisenborn, Lautenhain für Genossen Kretschmar, Schuhmacher in Eisenberg, 152, für Opel 136 Stimmen. Aus dem ländlichen Kreise, Ortschaften u m Kahla etc. (bisheriger Vertreter Zimmermeister Hächer in Lössschütz), in welchem Genosse Mehlschle kandidirt, sind noch keine Nachrichten eingegangen. — Die Gegner hofften auf den Sieg in den Städten und waren des Sieges in den ländlichen Bezirken, mit Hilfe der „besten“ Organisation, des Bundes der Landwirthe, sicher. Der Ausfall der Wahl hat alle Siegeshoffnungen zu Schanden gemacht und den Gegnern auf ihre schädige und an erbärmlichen Lügen und Verdrehungen so reiche „Agitation“ eine Antwort ertheilt, an die sie noch bei der Reichstagswahl denken werden. Dem frechen: Hinaus aus der Landschaft! ist die richtige Antwort damit gegeben worden, daß wir bis jetzt drei Siege behauptet und einen gewonnen haben, und in den gegnerischen Kreisen herrscht jetzt die Angst vor dem Ausfall der Reichstagswahl!

In Altenburg ist das Vierklassenwahlsystem: Höchstbesteuerte, 1., 2. und 3. Klasse, doch wählt jede Klasse die Abgeordneten für sich. — Bis 1895 waren nur zwei Genossen gewählt, und zwar einer in Altenburg und einer in den Städten Ronneburg, Schmölln, Gößnitz, Luda, Meuselwitz. Bei der 1895er Wahl siegten wir in noch 2 ländlichen Kreisen, so daß also im letzten Landtag 4 Sozialdemokraten saßen.

Freisinnige = Dummstolz. In einer freisinnigen Wählerversammlung des 5. Berliner Wahlkreises, in welcher der große Eugen sprach, hielt der Stadtverordnete Cassel eine Schlußrede, in welcher einige Aeußerungen über die geringfügige und bedeutungslose Persönlichkeit des sozialdemokratischen Kandidaten, der früher Klavierarbeiter gewesen ist, bei einem Theile der Versammelten unwillige Zwischenrufe hervor-

riefen. — Der „freiständige“ Herr hat eben bewiesen, daß er an Intelligenz und Anstand bedeutend unter dem Niveau der großen Masse der organisierten Arbeiter steht. Er ist freilich nicht der Einzige — unter seinen Gesinnungsgenossen vertreten viele einen gleich bornirt-arroganten Standpunkt.

Ueber den Bezug aus den Provinzen in die Großstädte leitartikel die „Kreuzzeitung“. Der wahre Grund des Domizilwechsels liegt nach diesem Blatte aber nicht in dem Drange nach der vollen Umgebung und Ruhe, die die Leute sich thörichter Weise versprechen. — Hierzu bemerkt die „Kreuzzeitung“: Was der gegenwärtige Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ gethan hat, der in der Provinz Gymnasiallehrer war und in Berlin Journalist geworden ist, also Wohnsitz und Beruf zugleich gewechselt hat, das werden auch wohl andere Sterbliche thun dürfen, die nicht Lust haben, bei den Agramern Ostiens zu frohnen, nicht wahr? Die „Kreuzzeitung“ tröstet sich damit, daß viele Personen, die in der Großstadt nicht in dem Grade, wie Herr Dr. Kropatschek selbst, das erhoffte Heil gefunden haben, wieder aufs Land zurückgehen; das brave Blatt fügt aber hinzu: „nur sind die Marktbesucher für das Landleben meistens verborben und nicht mehr recht zu brauchen. Für den früheren Chefredakteur der „Kreuzzeitung“, Freiherrn v. Hammerstein, dürfte das zutreffen. Aber nicht auf alle Menschen wirken die Großstädte in der Weise ein wie auf den einflügeligen gefeierten Führer der politischen und kirchlichen Reaktion.

Die Vieheinfuhrverbote und die Fleischer. Unter dieser Epithete schreibt die „Lib. Korr.“:

Mit der Sammlung der Agrarier und der Fleischer-Interessenten zu gemeinsamer Ausbeutung der Verbraucher ist es nicht. Die Fleischer machen, natürlich nicht aus zarter Rücksicht auf die Konsumenten, Front gegen die Vieheinfuhrverbote, sondern weil ihr Interesse in diesem Falle mit demjenigen der Konsumenten zusammenfällt, während das Interesse der Agrarier, welches in der Fernhaltung der ausländischen Konkurrenz vom deutschen Markt besteht, auf eine Belastung des Konsumenten und auf die Schädigung des Schlächterhandwerks hinausläuft. Die Kommission, welche von den Schlächter-Zunungen der deutschen Seestädte zur Bearbeitung der mit der Vieh- und Fleischeinfuhr verbundenen handelspolitischen Fragen eingesetzt worden ist, erläßt eine Erklärung, wonach die Verhandlungen des deutschen Fleischerverbandes mit dem Bund der Landwirthe gescheitert sind und der Fleischerverband den Antrag v. Mendel-Steinfels-Ring, der in diesen Tagen im preussischen Abgeordnetenhaus zur Beratung kommt, auf das schärfste bekämpft. Selbstverständlich ist der Fleischerverband mit einer genauen gesundheitspolizeilichen Untersuchung der besonders aus Amerika eingeführten Fleisch- und Fettwaren einverstanden, er will sich auch die Einführung der obligatorischen Fleischschau gefallen lassen, vorausgesetzt, daß auch die Landwirthe bei ihren Schlachtungen dem Zwange unterworfen sein sollten, was der Antrag Mendel nicht will. Der deutsche Fleischerverband aber besteht auf der Aufhebung der Viehsperre. Nur die von landwirtschaftlicher Seite durchgesetzte Grenzperre gegen die Einfuhr lebenden Schlachtviehs, heißt es in der Erklärung, habe den jetzigen unhaltbaren Zustand in der Fleischversorgung Deutschlands herbeigeführt. In diesem Punkte stehen sich die Interessen der Agrarier und der Fleischer diametral gegenüber. Das Ideal der Agrarier wäre die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Grenzperre gegen die Einfuhr lebenden Schlachtviehs und die Erschwerung der Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches unter dem Vorwande einer gesundheitspolizeilichen Kontrolle, welche nur den gewerbmäßigen Verkauf treffen soll. Wäre dieses Ziel erreicht, so würden die deutschen Viehzüchter die Preisbildung auf dem inländischen Markte ausschließlich beherrschen, die Fleischpreise würden alsbald eine Höhe erreichen, bei der der Fleischkonsum auf die Kreise der Wohlhabenden beschränkt sein würde. Freilich behaupten die Agrarier, die deutsche Landwirtschaft würde in einem solchen Falle in der Lage sein, den inländischen Bedarf vollständig zu decken. Aber von dem Umfang erreicht hätte, würde die Möglichkeit einer Preissteigerung aufhören. Vor der Hand und Angesichts der ständigen Zunahme der Bevölkerung ist dieses Ziel nicht erreichbar. So lange aber für die Versorgung des deutschen Marktes ausländisches Fleisch erforderlich ist, haben die deutschen Fleischer das begründete Interesse, daß nicht ausgeschlachtetes Fleisch, sondern lebendes Vieh importirt wird. Die in Rede stehende Erklärung des deutschen Fleischerverbandes weist auch mit Recht darauf hin, daß die Durchführung des Antrages Mendel, daß heißt die beabsichtigte einseitige Erschwerung der Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren dem deutschen Volke die Fleischnahrung sofort um 30 bis 40 Prozent vertheuern würde, ohne daß hierdurch den Fleischern irgend welche Erleichterung in ihrem jetzigen schweren Existenzkampf geboten würde. Der Fleischer als Vermittler zwischen den Produzenten und den Konsumenten hat als solcher an der Höhe des Preises gar kein Interesse, da ihm nur der Unterschied zwischen dem Preise des Viehes und des Fleischpreises zu Gute kommt. Der Fleischer ist also an höheren Viehpreisen nicht direkt interessiert, vor allem schon deshalb nicht, weil die Höhe der Fleischpreise zur Einschränkung des Konsums führt. Als Vorwand für die agrarische Begehrlichkeit ist jedoch der Fleischer nicht zu brauchen.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat seine Sitzungen wieder aufgenommen und sich zunächst mit der Interpellation Brochhausen (L.) betr. die Besteuerung der Waarenlager beschäftigt. Allzu viel sozialpolitische Weisheit haben wir dem Hause in seiner augenblicklichen Zusammensetzung niemals zugetraut, daß es aber einen solchen geistigen Tiefstand in sozialpolitischen Fragen aufweist, wie es hier an den Tag gelegt hat, hätten selbst wir nicht für möglich gehalten. Nicht genug damit, daß die Herren der wirtschaftlichen Entwicklung auf gewaltsamem Wege Halt gebieten wollen, haben sie auch gezeigt, daß sie aus der Geschichte und den Erfahrungen anderer Länder nichts gelernt haben. Das, was unsere Reaktionen fordern, die Einführung einer progressiven Umsatzsteuer für Waarenhäuser, hat man in Frankreich, wo man seit Jahren an diesem vermeintlichen Uebelstande herumdoxtert, längst, und auch Sachsen ist seit einiger Zeit mit diesem Altheilmittel beglückt. Aber die Entwicklung der Waarenhäuser ist dadurch nicht aufgehalten worden, wie der Generalsteuerdirektor Burghardt und der Finanzminister Dr. v. Miquel mit dankenswerther Offenheit einräumen. Mit solchen Gewaltmitteln kann man die Kleinen Gewerbetreibenden nie und nimmer

vor dem drohenden Untergang bewahren, ganz abgesehen von den technischen Schwierigkeiten, denen bei den Steuer-Verhältnissen in Preußen die Einführung einer derartigen Steuer begegnen würde. Sowohl die Begründung der Interpellation, als auch die darauf folgende Besprechung zeichneten sich durch eine staunenswerthe Oberflächlichkeit und eine ungläubliche Verkennung der wirtschaftlichen Faktoren aus, welche der Entstehung der großen Bazare zu Grunde liegen. Der einzige aus dem Hause, der die Verhältnisse durchschaut und in Folge dessen der Erkenntniß gekommen ist, daß die Regierung dieser Entwicklung hilflos gegenübersteht, ist Herr von Miquel, der sich der Einführung einer progressiven Umsatzsteuer von Staats wegen entschieden widersetzt und, um seinen Freunden nicht allzu wehe zu thun, diesen Weg der Steuererhebung den Gemeinden überlassen will. Thatsächlich steht aber den Gemeinden schon jetzt diese Befugniß zu. Wenn sie auch trotzdem nur in sehr beschränktem Maße davon Gebrauch gemacht haben, so wird das wohl in der Natur der Sache begründet sein. In Wahrheit ist also die Antwort des Ministers durchaus nichtsagend und die Herren, die dieser ablehnenden Antwort Heißfall zollten, haben sich durch die schönen Worte, in die Herr Miquel seine Absage zu kleiden verstand, blenden lassen. Als nächster Punkt wird die Interpellation Szmulä betreffend ländlichen Arbeitermangel im Osten, zur Berathung gelangen.

Dänemark.

Sollen die dänischen Arbeiterorganisationen vernichtet werden? Der große dänische Arbeitgeberverband vom Jahre 1896 hat in einer Versammlung vom 13. April den Beschluß gefaßt, dem Vorstand der „vereinigten Fachvereine“ mitzutheilen, daß in Bezug auf einige zur Zeit schwebende Differenzen in einigen Betrieben die Arbeiter sich den vom Verein aufgestellten Bedingungen zu fügen haben, andernfalls der Arbeitgeber-Verein „die äußersten Mittel anwenden würde, die zu seiner Verfügung stehen, um so schnell wie möglich geordnete Arbeitsverhältnisse einzuführen. — Es handelt sich um vier Streitpunkte, die dem Arbeitgeber-Verein zu diesem Vorgehen Veranlassung gegeben haben: 1) Die Maler in Kopenhagen streiken, weil sie einen neunstündigen Arbeitstag haben wollen. Die Meister haben bereits einen 9/2stündigen vorgeschlagen, nun fordert der Arbeitgeber-Verein Festhalten am zehnstündigen! 2) Konflikt in einigen Fabriken der Eisenindustrie, in dem sich beide Parteien beschuldigen, die letzte Vereinbarung gebrochen zu haben. Hier wird Wiederaufnahme der Arbeit und dann erst Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangt. 3) Konflikt im Tischlerfach. Die Meister und Gesellen waren über den Preiskourant bereits einig, da kommt plötzlich die Forderung des zehnstündigen Arbeitstages, obwohl bisher nur 9/2 Stunden gearbeitet wurde. 4) Konflikt bei den Fuhrleuten. Diese und die Kutscher waren bereits einig, jetzt wird auf Ordre des Arbeitgebervereins der Vergleich vorgeworfen, es soll unter den alten Bedingungen weiter gearbeitet werden (zehnstündiger Arbeitstag).

Hierzu kommen Äußerungen in der dem Arbeitgeber-Verein nahestehenden Presse, wonach dieser Verein es durchführen will, daß nirgends unter eine zehnstündige Arbeitszeit hinuntergegangen werden darf, andernfalls man zu dem Mittel der „allgemeinen großen Aussperrung“ schreiten würde; indem alle Betriebe des Arbeitgeber-Vereins die Arbeit einstellen würden. Es besteht in der liberalen dänischen Presse fast nur eine Stimme darüber, daß der Arbeitgeberverein seine Kräfte mit den Arbeiterorganisationen messen will und eine Gelegenheit dazu an den Haaren herbeizieht. Sicher gilt der Kampf nichts geringeres, als der Vernichtung der Arbeiterorganisationen, wenn der Arbeitgeberverein dazu stark genug ist.

Amerika.

Der Ausbruch des Krieges zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten ist in allernächste Nähe gerückt. Die kriegslustigen Yankees sind fest entschlossen, es dahin zu treiben und sie treffen dementsprechend ihre Maßnahmen. Der Telegraph berichtet über die bezüglichen Vorgänge aus Washington, 19. April: Die Beratungen des Kabinettsraths dauerten anderthalb Stunden. Es wurde beschlossen, den Wortlaut des Ultimatums festzustellen. Hinsichtlich der Länge der Spanien zu gewährenden Frist zeigten sich jedoch Meinungsverschiedenheiten. Einige Minister waren für 24 Stunden Frist, andere für eine solche von 48 Stunden, der Präsident McKinley für 3 Tage. Die Frage bleibt in Abwartung einer Nachmittagsitzung unentschieden. Der Kriegsminister beschloß, durch einen ersten Aufruf 80 000 Mann Milizen zu den Fahnen einzuberufen.

Nach einer späteren Meldung soll der Vorschlag einer Frist von zwei oder drei Tagen, die Spanien zur Erfüllung des Ultimatums gewährt werden soll, damit erklärt werden, daß diese Frist notwendig sei, um die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zum Vorrücken gegen einen kubanischen Hafen bereit zu machen. Die Regierung wünscht nämlich, daß ein solches Vorgehen sofort nach der Weigerung Spaniens, das Ultimatum zu erfüllen, erfolge. Das allgemeine Vorrücken der Truppen nach den Mobilisierungszentren des Südens, gemäß den Befehlen vom 15. April, hat heute überall begonnen. Die Direktoren der nationalen Organisation der freiwilligen Reserve haben an den Präsidenten McKinley geschrieben und ihm angeboten, 400 000 Mann im gegebenen Augenblick aufstellen zu wollen. — Die Resolutionen des Kongresses sind heute Nachmittag um 1 Uhr 30 Min. im Weißen Hause eingetroffen.

Um 6 Uhr 30 Minuten Abends ging die Nachricht ab: Präsident McKinley wird morgen Vormittag die von dem Kongreß beschlossenen Resolutionen, sowie das an Spanien zu richtende Ultimatum unterzeichnen. Im Senat wurde ein Plan des Kriegsministers vorgelegt, nach dem die nationalen Streitkräfte in zwei Theile getheilt werden, nämlich: reguläre Truppen und Freiwillige; Letztere sollen nur für die Dauer eines Krieges oder wegen eines drohenden Krieges aufgebottet werden. Die Dienstzeit soll 3 Jahre dauern, es sei denn, der Krieg würde schon früher beendet. Alle weisungsfähigen Männer im Alter von 18 bis 45 Jahren bilden die nationalen Streitkräfte.

Dabei ist gleichwohl noch von einer Vermittlung der Mächte die Rede. Nach einer Mittheilung der „Daily Mail“ aus Rom sollen sie auf der Grundlage unternommen werden, daß Spanien auf die Herrschaft über Kuba Verzicht leiste, aber eine angemessene Entschädigung empfangen.

Nach aus Madrid kommenden Nachrichten ist jedoch nicht darauf zu rechnen, daß Spanien auf solchen Vorschlag eingehen werde. Wollte es das, dann hätte es früher geschehen können und viel Opfer an Gut und Blut wären dem unglücklichen Lande erspart worden. Die Madrider „Agencia Fabra“ meldet nämlich: In einer heute (Dienstag) Nachmittag im Senate abgehaltenen Versammlung der Mitglieder der Mehrheiten beider Kammern hielt Ministerpräsident Sagasta eine Rede, in der er sagte: „Der Augenblick sei so ernst, die Umstände seien so schwerwiegend, daß Thaten und nicht Worte, daß Handlungen, nicht aber Reden nöthig seien, um dem gegenwärtigen Konflikt die Stirn zu bieten; mit Verleumdung suche man die glorreiche Geschichte Spaniens zu beschmutzen. Die spanische Regierung habe Alles gethan, was möglich war, um den Krieg zu vermeiden, zu dem man Spanien anbes, alle Kräfte zu Ehren und die Integrität des Vaterlandes erlaubte. Noch zuletzt habe Spanien dem Drängen des Papstes und der Großmächte nachgegeben, jetzt aber gedente man die Ehre Spaniens zu verlegen und sein Gebiet zu bedrohen, das würden die Spanier niemals zulassen. (Lebhafter Beifall.) Es sei jetzt nicht der Augenblick, parlamentarische Programme aufzustellen. Alle Spanier müßten jetzt, wie es die Vorfahren gegenüber jedem Angriff auf spanisches Gebiet gethan, sich vereinigen; die Kammern müßten sich schleunigst konstituieren, um der Regierung die Mittel zu geben, die heiligen Interessen des Landes zu verteidigen. Spanien,“ fügte Sagasta hinzu, „wird sich kein Stück seines Gebietes ungestraft nehmen lassen, noch zugeben, daß ein Stück seines Gebietes als Handelsgegenstand diene.“

Die Rede soll begeisterten Beifall gefunden haben. Die Begeisterung dürfte sich jedoch bald legen, wenn die kriegerischen Schläge erst erfolgen.

Weitere Depeschen des Reuterschen Bureaus aus Madrid melden: Die Republikaner haben in einem Schreiben einen Appell an den Patriotismus Castellars gerichtet, sich an den parlamentarischen Arbeiten zu betheiligen. „Die Republikaner“, heißt es in einem Schreiben, „werden ihre Ueberzeugung zum Opfer bringen, um die Souveränität der Spanier auf den Antillen zu retten.“ — Die zur Eröffnung der Cortes verlesene Botschaft schließt folgendermaßen: So trübe und dunkel die Zukunft sich auch darstellt, die Schwierigkeiten, die uns umgeben, werden nicht größer sein als die Kraft und die Energie des Landes, sie mit einer Land- und Seestreitmacht zu bestegen, deren ruhmreiche Traditionen seinen Muth stärken. Mit der gegenüber einem Eingriff von Außen einzigen und entschlossenen Nation und mit Hilfe Gottes, der unseren Vorfahren in den großen Krisen unserer Geschichte jederzeit den Weg zeigte, werden wir auch ebenso ehrenvoll die bestehen, die man ohne Grund und ohne Gerechtigkeit gegen uns heraufzubeschwören sucht. — Eine Note der „Agence Havas“ wendet sich gegen das Gerücht, Spanien werde dem Papste das Anerbieten machen, Kuba ihm zu überlassen und erklärt dasselbe für gänzlich ungegründet. Spanien werde niemals auf Kuba verzichten, sondern sei vielmehr zu einer heldenmüthigen Vertheidigung entschlossen.

Aus New York telegraphirt dasselbe Bureau: Eine Depesche des „New York Herald“ aus Washington besagt, der Präsident sei überzeugt, daß er Alles gethan habe, um den Krieg zu vermeiden. Heute Morgen 10 Uhr wird er die Resolution und ein Ultimatum unterzeichnen. Das Ultimatum wird die Zurückziehung der spanischen Truppen von Kuba verlangen und Spanien eine Frist, die am Sonnabend Morgen 6 Uhr nach Madrider Zeit abläuft, zugestehen. — Wie der „New York Herald“ meldet, sind alle Vorbereitungen getroffen, um die Operationen in dem Augenblick in Angriff zu nehmen, in welchem der Spanien bewilligte Aufschub für die Antwort auf das Ultimatum abgelaufen ist. Eine sofortige Blockade der Häfen von Kuba und Portoriko sei beschlossen worden, auch sollen Maßnahmen getroffen werden für die schnelle Mobilisation einer Armee zur Besetzung Kubas. In der Meldung heißt es ferner: Das Schild, das die Worte „Bureau der spanischen Gesandtschaft“ trägt, sei gestern von der Thür der spanischen Gesandtschaft entfernt worden. — Präsident McKinley unterzeichnete die Kongreßbeschlüsse. Eine Abschrift des Ultimatums wurde dem spanischen Gesandten mitgetheilt, der mit der Bitte um seine Passports antwortete. — Aus Havana gehen aus gleicher Quelle folgende Nachrichten ein: General Berthel traf mit zwei Bataillonen hier ein. — Man bedauert die Einstellung der Feindseligkeiten in den östlichen Bezirken, die ausgezeichnete Erfolge erreicht haben. — Ein Chef der

Ruffändischen, Namens Belhancour, nahm den Waffenstillstand an. — In Santiago haben sich alle Einwohner, selbst die Schwarzen und Mulatten, entschlossen, auf der Seite der Spanier zu stehen. Einige hervorragende Führer der Ruffändischen werden sich den Spaniern im Kampfe gegen die Vereinigten Staaten anschließen.

Lübeck und Nachbargebiete.

21. April.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Achtung, Bäcker! Ueber die Brodfabrik von Evers, Kommandit-Gesellschaft, Nabeburger Allee 106, ist wegen Entlassung von drei Kollegen die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalten.

Der Vorstand

der Zahlstelle Lübeck des „Deutschen Bäcker-Verbandes.“

J. A.:

L. Breithaupt.

Zur Bahnhofsfrage bringt das Amtsblatt einen anscheinend aus offiziöser Feder stammenden Beschwichtigungartikel. In demselben wird hauptsächlich betont, daß wenn das Reichsprojekt zur Vorlage gelange, man im Wesentlichen nur die Konsequenz der früheren Haltung der beteiligten Kreise gezogen habe. Wegen das Holzsthor-Hochstraßenprojekt seien erhebliche Bedenken geltend gemacht worden und für die Erhaltung der Wallanlagen hätten sich ebenfalls Stimmen aus allen Kreisen erhoben. Die Verlegung des Bahnhofs nach dem Schützenhofe ermögliche den Mäckerwerb des werthvollen Hafenterrains, die Befestigung der Niveauübergänge in Stadt und Vorstädten, die Erhaltung der Wälle u. a. m. Die Kostenanschläge ständen z. Bt. noch nicht ganz fest, doch dürfe wohl gesagt werden, daß die im Publikum genannten Summen sehr übertrieben seien, daß die Kosten im Wesentlichen der Eisenbahngesellschaft zur Last fielen und der Staat nur einen Beitrag. — Viel Neues hört man also nicht. Bezeichnend und offenkundig den Ausgang der Sache entsprechend ist übrigens die Haltung des offiziösen Blattes. Es hat von den Protestversammlungen der Interessenten mit keiner Silbe Notiz genommen. Offenbar ist es zur Genüge dahin informiert, daß es doch kommt, wie es kommen soll, und daß man in maßgebenden Kreisen der Agitation gegen den Reichsreich kein Gewicht beilegt. Man ist jedenfalls seiner Seite sicher und wartet in Ruhe das Ja und das Amen ab. — Eine weitere Protestversammlung soll, wie verlautet, demnächst stattfinden.

Die Bürgerchaftsmitglieder wollen, wie die Eisenbahnzeitung zu berichten weiß, an den Protestversammlungen gegen die Verlegung des Bahnhofs nicht mehr theilnehmen, weil sie zu scharf angegriffen worden sind. — Die Bedauernswerthen! Hoffentlich trägt das Komitee in Zukunft ihren schwachen Nerven dadurch Rechnung, daß es jeglichen, auch den leisesten Hinweis auf die verehrlichen Bürgerchaftsmitglieder unerbittlich verhindert. Es könnte ja ein Unglück geben!

Vom Tage. Gestohlen wurde von einer Wirthschaftsbiele in der großen Burgstraße ein Paket mit Weistoffen. — Gefunden und der Polizei übergeben wurden ein Spahntorb mit Waldmeister und Schlüsselblumen und ein brauner Krimmertragen.

Auktion im Leihhause. Am Montag, den 9. Mai und folgende Tage soll im städtischen Leihhause Auktion gehalten werden über Mobilien, Kleidungsstücke, Bettzeug, Leinwand, goldene und silberne Uhren, andere Gold- und Silbersachen u. s. w. Die gewöhnliche Prolongation kann nur bis Sonnabend, den 23. April, stattfinden. Bei Prolongationen nach dem letztgenannten Tage und bis Mittwoch, den 4. Mai, ist die in der Leihhaus-Ordnung vorgeschriebene Extra-Gebühr zu entrichten. Nach dem 4. Mai werden keine Prolongationen verfallener Pfandscheine gewährt. Während der Auktions-Tage, sowie am Sonnabend vor der Auktion, ist das Geschäftszimmer Nachmittags von 2—4 Uhr geöffnet.

In das Genossenschaftsregister ist am 19. April 1898 eingetragen auf Blatt 40 bei der Firma „Lübecker gemeinnütziger Bauverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung“: Eduard Friedrich Wilhelm Rabe ist aus dem Vorstande ausgeschieden. Charles Coleman in Lübeck ist zum Mitgliede des Vorstandes erwählt.

Nußholz-Verkauf. Am Montag den 2. Mai d. J., Nachmittags 2 Uhr, sollen in der Gastwirthschaft von Herrn Hidde, Israelsdorfer Allee, aus dem Israelsdorfer Forstrevier, Forstorte Schwerin, Schellbruch, Steinkrug, Neutoppel 93 Eichen Nußholzstämme = 205,04 Fm., 34 Hainbuchen-Nußholzstämme = 11,07 Fm., 94 Eichen-Nußholzstämme = 34,01 Fm. öffentlich meistbietend verkauft werden. Spezielle Verzeichnisse liegen vom 23. April d. J. auf der Stadtkasse ans.

Parteienossen, gedenkt des Wahlfonds!

Da die Reichstagswahlen immer näher rücken, ist es Pflicht aller Derer, welche nicht wollen, daß ein Reichstag zu Stande kommt, der mit den spärlichen Volksrechten vollends kehrt ans macht, ungefährmt und mit unerklärlichem Eifer für den Wahlfonds der Arbeiterpartei zu sorgen. Ohne Pulver kein Krieg, ohne Geldmittel kein genügender Wahlfonds! Je mehr Mittel, desto mehr Erfolg werden wir nicht nur in Lübeck, sondern auch in den benachbarten Wahlkreisen erzielen!

Wandbesel. Der Maifeitag, der zum 1. Mai seitens der sozialdemokratischen Partei geplant und bei der Polizeibehörde unter ausführlicher Begründung und unter Hinweis darauf, daß für ausreichende Ordnung durch eine große Anzahl Ordnungsbewahrer Sorge getragen sein werde, angemeldet war, soll nach dem „W. B.“, der eine gute Verbindung mit dem Stadthause unterhält, verboten sein. Dem Vertrauensmann unserer Partei, Genossen Dogrove, der den Umzug bei der Polizeibehörde angemeldet hat, war bis Dienstag Mittag von einem Verbot noch nichts bekannt, weshalb er sich an die Polizeibehörde wandte. Dort wurde ihm eröffnet, daß das Schreiben bereits unterwegs sei. Wie der Inhalt des Schreibens beschaffen sein wird, darüber dürfte nach der Erklärung des Polizeichefs, der bei der Anmeldung bemerkte, er sei kein Freund von Umzügen, Niemand mehr im Zweifel sein.

Harburg. Senator Hastedt, früher national-liberaler Reichstagsabgeordneter für Harburg, feierte dieser Tage sein 25jähriges Amtsjubiläum. Der feierliche Brauereibesitzer ist auch Eigentümer eines der schönsten Güter des Kreises Segeberg, Wensin. Die Wähler dieses Gutes sind mit dem Herrn Senator so sehr ein Herz und eine Seele, daß am 23. November 1897 sämtliche abgegebenen Stimmzettel den Namen v. Tungen trugen. Arbeiter eines zum Gute gehörigen Dorfes versicherten uns Ostern freilich, wer sich seine Existenz sichern wolle, dürfe nicht anders wählen. Würden wirklich einmal sozialdemokratische Zettel in der Urne gefunden, so rührten sie ohne Ausnahme von Arbeitern her, denen gekündigt sei oder die selbst gekündigt hätten. — Diese nachträgliche kleine Jubiläumsgabe mag als Illustration der politischen Grundzüge des Jubilars dienen.

Heteresen. Zur Maifeier. Das Maifeierkomitee hatte bei der Polizeiverwaltung um die Genehmigung zur Abhaltung eines Auszuges und einer Volkfestlichkeit am 1. Mai nachgesucht. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde seitens unseres Stadtoberhauptes die Genehmigung versagt und zwar hieß der Herr sich darauf, daß „von oben herunter“ Orde gekommen sei, am 1. Mai alles zu verbieten.

Elmsborn. Das Stadtverordneten-Kollegium wählte den sozialdemokratischen Stadtverordneten Schuhmacher Böttche in das Kuratorium der Realschule. Die Regierung hat die Wahl Böttche's indeß nicht bestätigt und dieser muß nun wieder aus dem Kuratorium der Realschule ausscheiden. Man merkt, daß jetzt die Köller und Buttler im Lande hausen.

Riel. Prozeß Schumann. Das Landgericht verhandelte am Dienstag gegen den früheren Magistratssekretär Schumann aus Neumünster. Derselbe war seit 1878 in Neumünster als Kassengehilfe im städtischen Dienst. Sein Anfangsgehalt von 1200 Mark stieg im Jahre 1891 auf 1800 Mk., dann 1894 auf 2000 Mk. und schließlich im Jahre 1895 auf 2250 Mk.; außerdem bezog er noch ca. 300 Mk. als Rechnungsführer der ländlichen, gewerblichen und der land- und forstwirtschaftlichen Ortskrankenkasse. Als solcher hatte er die gesammte Kassensührung beider Klassen zu besorgen. Als dann im Herbst v. J. der Arzt Dr. Barach auf Auszahlung seines rückständigen Gehaltes klagbar geworden war, wurden die Revisoren misstrauisch, man nahm eine außerordentliche Revision der Bücher vor, und fand dann, daß Schumann ganz falsche Eintragungen in dieselben gemacht, Blätter herausgerissen und außerdem 49 Quittungen gefälscht hatte. Wertwürdige Zustände scheinen überhaupt bei diesen beiden Klassen bestanden zu haben. Dieselben wurden vielleicht einmal im Jahre revidirt und dann hat man es noch theilweise unterlassen, die Belege zu prüfen und nachzusehen. Auch jetzt liegt noch kein genügender Abschluß über die Höhe der unterschlagenen Summe vor, man behauptet, es seien 6 bis 7000 Mk., während Schumann die Höhe derselben nur auf ca. 3000 Mk. zugiebt. Schumann wurde, was allgemeines Aufsehen erregte, nicht sofort verhaftet, sondern hatte Zeit genug, um nach Amerika flüchten zu können. Dieses hat ihn nun wegen der Unterschlagung des Geldes nicht ausgeliefert, nur wegen der Urkundenfälschungen und auch hierbei handelt es sich nicht um behördliche, sondern nur um Privaturkunden, sonst hätte die Sache auch vor dem Schwurgericht zum Austrag kommen müssen. Der Angeklagte gab sowohl die Urkundenfälschungen als auch die Unterschlagungen unumwunden zu. Als Enskuldigungsgrund führt Schumann an, daß er im Jahre 1883 die Bekanntschaft eines aus Böhmen gebürtigen Fräuleins, der jetzt in Trantenau verheiratheten Frau Buschmann, welche in Neumünster ein Putzgeschäft eingerichtet hatte, gemacht habe. In deren Geschäft habe er reichlich 4000 Mk. einschließen müssen und auch sonst noch Ausgaben für dieselbe gehabt. Es sei ihm zwar gelungen, Geld von seinem Vater und von Freunden zu bekommen, doch habe dieses nicht ausgereicht und habe er schließlich die Kassen angegriffen. Dieses habe wieder die falschen Buchungen und Eintragungen zur Folge gehabt und so sich eins aus dem andern ergeben. Der Bürgermeister über stellte dem Angeklagten das Zeugniß eines tüchtigen Beamten aus. Dem Vorwurf, daß er viel Geld für Sagen und Fischen ausgegeben, suchte Sch. entgegenzutreten, er erklärte, daß ihm dieses fast nichts gekostet und er es nur wegen seiner Gesundheit betrieben habe. Die gefälschten Quittungen beziehen sich in der Hauptsache auf die Honorare der Aerzte der Kassen und der Apotheker für gelieferte Arzneien. Der Staatsanwalt hielt den Beweis der schweren Urkundenfälschung für voll erbracht und beantragte 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus,

3 Jahre Ehrverlust und 1000 Mark Geldstrafe event. weitere 100 Tage Zuchthaus, während der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Thomsen eine schwere Urkundenfälschung nicht für vorliegend erachtet und der Angeklagte also deshalb nicht bestraft werden könne. Das Gericht erachtete schwere Urkundenfälschung als vorliegend, hatte jedoch wegen des unglücklichen Verhältnisses, in welchem sich der Angeklagte mit der jetzigen Frau Buschmann befand, mildernde Umstände zugebilligt und verurtheilte denselben zu zwei Jahren Gefängniß und 3 Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 4 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Glensburg. Nach einem Vierteljahrhundert. Eine späte, aber gerechte Belohnung ward dem 85jährigen früheren Schiffer Hieronymus Green in Arnis zu Theil für seine in der großen Sturmfluth vom Jahre 1872 ausgeführte Rettungsthat, durch welcher er damals in Ospanndorf neun Menschenleben vom Tode des Ertrinkens rettete. Der Kreisaußschuß des Kreises Ederndorfe bewilligte dem im Alter bedürftig gewordenen Lebensretter eine lebenslängliche Jahresrente von hundert Mark.

Apennin. Lohnbewegung. Sämmtliche Tischler und Tapezierer haben am 19. April die Arbeit gekündigt.

Haderleben. Gewerkschaftliches. Am Sonnabend, 16. April, tagte im Petersen'schen Lokale hier selbst eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung, zu welcher Frau Biez-Hamburg als Referentin erschienen war. Erwähnt sei, daß dies die erste Arbeiterversammlung hier war, in welcher eine Frau redete. Der Saal, welcher gut 250 Personen umfaßte, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch 20 bis 30 Frauen hatten sich eingefunden. Frau Biez sprach über das Thema: Wie und wodurch ist die Lage der Arbeiter zu verbessern? Reicher Beifall lohnte die Rednerin für ihren lehrreichen Vortrag. Sodann wurde die Gründung eines Gewerkschaftsartikels angeregt. Die Versammlung überließ die Stellungnahme hierzu den einzelnen Gewerkschaften.

Westerland-Sylt. Lohnbewegung. Die hiesigen Zimmerer und Tischler haben zum 1. Mai ihre Kündigung eingereicht, da ihnen eine Lohnaufbesserung von 40 auf 43 Pfg. pro Stunde und die Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit (an Stelle des bisherigen 10 1/2 stündigen) von den Meistern hartnäckig verweigert wird. Fast sämtliche Kameraden sind organisiert und gehören dem Zimmererverbände an. — Zugang ist fernzuhalten!

Koßdorf. Der Parteigenosse Groth, Redakteur der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ und Reichstags-Kandidat für den zweiten mecklenburgischen Wahlkreis, verläßt am heutigen Mittwoch das Gefängniß, wo er wegen einer Mittheilung, in der das Gericht eine Beleidigung des Bürgermeisters von Goldberg fand, sechs Wochen zubringen mußte.

Koßdorf. Die Liberalen sind mitten drin; arges Bedröck haben sie aber auch schon erleben müssen. In einer ihrer Versammlungen wird den Rednern der Sozialdemokratie Beifall gezollt. In der anderen hört man den liberalen Redner verständnißlos an. So berichten die „Det. Nachr.“ über eine liberale Versammlung, in der Prof. Gusslerow sprach, wie folgt: „Die stark besuchte Versammlung bot insofern ein eigenartiges Bild, als sich trotz wiederholter Aufforderung des Kandidaten Niemand fand, der den Vorsitz übernehmen wollte. So mußte der Kandidat selbst die Versammlung eröffnen, den Vortrag halten über seine Stellung zu den Tagesfragen und endlich die Versammlung schließen mit einem Hoch auf Se. Maj. den Kaiser. Die Versammlung verlief so harmlos wie möglich; zu Interpellationen fand sich Niemand veranlaßt.“ — Ja, ja, dem Liberalismus ist verdammt nicht mehr auf die Beine zu helfen!

Aus Nah und Fern.

Eine interessante Trauung fand am vorigen Sonnabend in Budapest statt. Der Bräutigam kam vom Schubhause nach zehntägiger Haft zur Trauung und mußte Abends zwangsweise Budapest „für immer“ verlassen. Also eine Trauung unter Bewachung von Detektivs und eine Hochzeitsreise mittels Zwangspass, und da sage noch Jemand, die Romantik sei am Aussterben! D nein, sie lebt, und dank der „Gnade“ Rudnays ist diese Begünstigung als neuerlicher Beweis echt ungarischer Liberalität unserem Genossen Kalmár und seiner Braut gestattet worden. Die ungarische „Freiheit“ wird nämlich gegenwärtig den Sozialdemokraten durch „Ausweisung auf ewige Reiten“ zum Bewußtsein gebracht.

Briefkasten.

Maifeier - Hauptkomitee. Freitag Abend 8 1/2 Uhr im Vereinshaus.

Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 20. April.

Der Schweinehandel verlief ziemlich gut. Bragelirt wurden 610 Stk. Breile: Verkaufsschweine, schwere 50—52 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 42—46 Mk. und Ferkel 52—54 Mk. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

D. „Archimedes“, Kapt. E. Wardwardt, ist am 19. April in Königsberg eingetroffen.
D. „Fria“, Kapt. Schwarz, ist am 19. April von Rotterdam auf hier abgegangen.
D. „Lübeck“, Kapt. Panfison, ist am 19. April von Karlskamm auf hier abgegangen.
D. „Ganja“, Kapt. Schmalfeld, ist am 20. April in Vibau angekommen.
D. „Kant“, Kapt. Wulf, ist am 20. April in Königsberg angekommen.
D. „Stadt Lübeck“, Kapt. Krause, ist am 19. April in Danzig angekommen.

Mai-Feier 1898.

Sonntag den 1. Mai:

Ausflug sämtlicher Gewerkschaften und Vereine mit Fahnen und Bannern unter Begleitung von 5 Musik-Kapellen über Genin nach **Moisling**. Aufstellung der verschiedenen Gewerkschaften und Vereine von Nachmittags 1 bis 1^{1/2} Uhr auf dem Brink vor dem Mühlenthor. Abmarsch von dort um 1^{1/2} Uhr nach dem Lokale des Hrn. Böttcher in Moisling. Nach Ankunft dortselbst: Ansprache des Genossen Theod. Schwarz. Hierauf: Concert auf dem Festplatz und in den verschiedenen Localen Moislings bis 7 Uhr Abends. Gesangvorträge (von 7 Liedertafeln.) Rückmarsch um 7^{1/2} Uhr mit Musik über Moislinger Baum bis zur Lachswehr-Allee, woselbst Auflösung des Zuges.

Gewerkschaften und Vereine, welche sich am Ausfluge betheiligen wollen, werden ersucht, dies spätestens bis zum 23. April dem Genossen Stolle, Johannisstraße 50, mitzutheilen. Gewerkschaften, die noch keine Karten zum Betrieb übernommen haben, werden ersucht, solche baldigst vom Genossen Pape zu entnehmen. Außerdem sind noch Karten à 20 Pfg. zu haben bei: A. Stolle, Johannisstraße 50; C. Wittfoot, Hügelstraße 18; G. Kähler, Böttcherstraße 18; W. Menschel, Untertrave 53; G. Meyer, Klappenstraße 24a; F. Leeke, Lederstraße 3; S. Wulff, „Fuhrwerksstrug“, Beckergrube 93, und in der Expedition des „Lübeker Volksbote“, Johannisstraße 50.

Die Karten sind sichtbar zu tragen.

Um recht rege Betheiligung ersucht

Das Comitee.

Wegen des um 3^{1/2} Uhr abgehenden Hamburger Schnellzuges wird der Abmarsch nicht, wie auf den Karten vermerkt, um 2 Uhr, sondern präcise 1^{1/2} Uhr stattfinden.

(Verspätet.)
Am 16. d. M. verstarb unser treues Mitglied der
Fischer Carl Freitag.
Ihre feinem Andenken!
Die Lokalverwaltung
des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Logis mit Verköstigung billig
Alfstraße 30.

Zu kaufen gesucht ein alter nicht zu großer
unter D W an die Exped. d. Bl. erbeten.

Billig zu verkaufen drei Fahrräder.
W. Schnell, Maurer, Krempeisdorf.

Zu verkaufen eine große Console
(braun mit Gold). Näheres Belzestr. 30, 1 Tr.

Alfred Braun, Goldschmied,
St. Petri-Kirchhof 3,
Reparatur Werkstatt.
Anfertigung von Trauringen in kurzer Zeit.

Die vorzügliche **Margarine**
aus der Fabrik von
Klatt & Dittmann
Hamburg
bildet den
besten Ersatz für Naturbutter.
Fast überall zu haben!
General-Vertreter:
Leopold Dose
Lübeck, Breitestr. 3.

Margarine-Lager
von
J. Brockmüller, Burgthorzingel 1 (Ecke)

Allerfeinste Süßrahm-Margarine
Pfd. 55 Pfg.

Feine Süßrahm-Margarine
Pfd. 50 Pfg.

Gehr schöne Süßrahm-Margarine
Pfd. 45 Pfg.

Meine Margarine zeichnet sich durch hohen
Säuregehalt ganz besonders aus, wodurch die-
selbe großartig im Geschmack und beim Braten
bräunt wie Naturbutter.

Hochfein gebr. Caffee
Pfd. 80, 100, 120, 140, 150 Pfg., empfiehlt
Heinr. Cords, Engelswisch 35.

Dampfbäderei Hansa, Lübeck.

Halte meine Fabrikate:

Schwarz- u. Feinbrod, sowie Corinthenbrod,
täglich frisch, bestens empfohlen.

Breitestraße 22, vis-à-vis dem „Lübeker Hof“.

Hügelstraße 26.

Mühlenstraße 42, bei Herrn Schmachtel, und

in der Fabrik, Peterstraße 1 (Mühlenthor).

Hochachtungsvoll

J. C. D. Junge.

D. O.

Auf Wunsch lasse ich wöchentlich 2 Mal vorfragen.

Butter-Special-Geschäft

Breitestr. 60a **C. Harz** Breitestr. 60a

Allerfeinste Meierei-Butter Pfd. 98 Pfg.

Allerfeinste Hof-Butter Pfd. 93 Pfg.

Margarine-Verkauf: Sandstrasse 27.

Kranken- und Sterbefasse gewerblicher Arbeiter
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 24.)

General-Versammlung

am Montag den 25. April, Abends 8^{1/2} Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50.

Tags-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1898.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

NB. Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Frisch gebrannten Caffee
per Pfund 80, 100, 120, 140 Pfg.

Prima loses Caffee-Surrogat
per Pfd. 40 Pfg. empfiehlt

Rud. Kracht, Nageb. Allee 40.
Herbstfang - Flohm - Heringe
en gros - en detail

empf. Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Allen Freunden und Gönnern halte mein
vorzügliches
Braumbier
bestens empfohlen.
Cimerbier
jeden Mittwoch und Sonnabend.
Ad. Osbahr.

Pa. Kalbfleisch Pfd. 30 Pfg.
Hiesiges Schweinefl. Pfd. 60 Pfg.
Pa. Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.

empfehlst:
W. Strohfeldt
73 Glockengießerstraße 73

Arbeiter-Garderoben, Hemden, Rajen,
bessere Herren- und Knaben-Muzige,
Hüte, Mützen

empfehlst billigt
Rud. Kracht, Nageb. Allee 40.

Die Möbeltischlerei
von G. H. Busch

Alfstraße 21
empfehlst ihr Lager von selbstverfertigten
Möbeln, Spiegeln und
Polsterwaaren

zu billigen Preisen.

Folker's
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25

empfehlst
gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und
Polsterwaaren, vom einfachsten bis zum
eleganteften, zu billigen Preisen.

Seefahrer-Krankentasse
E. S. Nr. 16.

Ordentliche
General-Versammlung

am Sonntag den 24. April
Nachmittags 3^{1/2} Uhr.

Tags-Ordnung:

1. Abänderung des § 13 Absatz b des Statuts:
Erhöhung des Krankengeldes.
2. Sommerfest.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Speise-Halle Hansa
Wengstraße 24. (Mittagstisch v. 11^{1/2}—2 U.)
Freitag: Buttermilchsuppe mit Reis, Klops, Kar-
toffeln, Gurken.

Chronik auf das Jahr 1848.

22. April.

Der vom Vorparlament eingesetzte Flüchtigerausschuß beschließt, dem Bundestage in Erinnerung zu bringen, daß dem Antrag und Beschluß des Vorparlaments: „Der Bundestag müsse aus seinem Schooße die Männer entfernen, welche zur Hervorbringung und Ausführung der verfassungswidrigen Ausnahmebeschlässe gewirkt“, jetzt nach drei Wochen noch nicht entsprochen sei und man daher die Ausführung von den betreffenden Regierungen dringend verlange.

In der badischen Stadt Freiburg gährte es schon lange. Auf den 22. den Osterfesttag, war eine große bewaffnete Volksversammlung in Freiburg ausgeschrieben. Es waren etwa 1200 Bewaffnete erschienen, die sich unter des Turuers Langsdorff Führung in der Stadt einquartierten. Vor den Thoren der Stadt sammelte sich unter der Führung des Generals Hoffmann eine aus Hessen und Wadernern bestehende Armee. Als in der Stadt die Nachricht von dem Vordringen der Sächsischen Kolonne eintraf, wurden die Thore geschlossen, die Stadt verbarrikadirt und in Verteidigungsstand gesetzt.

Mehr Schutz für die Gesundheit der Arbeiter.

Infolge eines in der Sitzung des Reichstags vom 19. Februar 1897 gefaßten Beschlusses sind die Gewerbeaufsichts-Beamten angewiesen worden, sich in ihrem Jahresberichte über die etwa vorkommende Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter durch die übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit zu äußern. Mit Recht weist die badische Gewerbeinspektion darauf hin, daß von ihr eine derartige Aufgabe nur ganz ungenügend gelöst werden kann, und daß — um die Klarlegung dieser so wichtigen Angelegenheit zu erzielen — andere Wege eingeschlagen seien. Infolgedessen bieten die im letzten Bericht dieser Behörde mitgetheilten, diesbezüglichen Thatsachen ein durchaus unvollständiges Bild von den Mißständen, die hier herrschen.

Aber selbst dieses unvollständige Bild beweist, daß ein besserer Schutz für die Gesundheit der Arbeiter dringend notwendig ist. Unsere Leser mögen selbst urtheilen:

Wie sehr die in Spinnereien und Webereien im Stehen zu verrichtende eifständige Arbeit den weiblichen Organismus schädigt, zeigt das Aussehen der Arbeiterinnen, welche in das mittlere Lebensalter eingetreten sind. Ein großer Theil von ihnen macht den Eindruck, als ob sie das Leben im Zustand chronischer Uebermüdung zubringen müssen. Sie sehen meist auch schlecht und gealtert aus. Den Ärzten ist es aufgefallen, daß in den von ihnen besonders beobachteten Fabriken eine große Zahl entkräfteter Personen zur Behandlung kommen.

Die „ganz außergewöhnlich langen Arbeitszeiten“ der Angestellten bei den Pferdebahnen haben zusammen mit den meist ungenügenden Pausen zum Einnehmen der Mahlzeiten unzweifelhaft dazu beigetragen, daß unter diesen Arbeitern Husten, Heiserkeit, Augenentzündung und Rheumatismus häufige Erscheinungen sind. Wie nach-

theilig eine Vernachlässigung der Erpausen wirkt, dafür ein Beispiel aus einer anderen Branche. Von einem Arbeiter, der mehrere Maschinen zu bedienen hatte, wurde verlangt, er solle seine Arbeiten so einrichten, daß auch während der Mittagspause keine einzige Maschine stillstehe. Infolge dessen mußte der Arbeiter mit dem Essen mitunter 1 bis 2 Stunden über die gewöhnliche Zeit warten. Durch diese unregelmäßige Lebensweise wurde der Arbeiter nach und nach so reizbar, daß es zu den widerwärtigsten Ausbrüchen zwischen ihm und dem Fabrikanten kam.

In den chemischen Fabriken üben die Ausdünstungen und Gase einen entschieden nachtheiligen Einfluß auf das körperliche Befinden und die Leistungsfähigkeit der Arbeiter aus. Dies wird bestätigt durch die Erfahrung, daß gerade in diesem Industriezweige verhältnismäßig frühzeitig Invalidenrente verlangt wird.

Die Schneider und Schuhmacher haben unter der langen Arbeitszeit, der schlechten Luft und der ungenügenden Nahrung viel zu leiden. Sie weisen eine große Zahl von Magen-, Lungen-, Brust-, Hals- und Darmkrankheiten auf.

Die jüngeren Arbeiterinnen der Konfektions- und Wäschegechäfte leiden fast ausschließlich an Bleichsucht, mit theils geringeren, theils auch so erheblichen Beschwerden, daß zeitweise Arbeitsunfähigkeit eintritt. Auf dem Boden der Bleichsucht entstehen häufig schwere Erkrankungen, namentlich Lungen- und Tuberkulose. Auch schwere Erscheinungen von Nervenschwäche bis zur völligen nervösen Erschöpfung sind bei Angestellten in solchen Geschäften, namentlich bei Verkäuferinnen, mehrfach vorgekommen.

Bei den in Wäscherei- und Wägelbetrieben beschäftigten Personen sind auffallend viele Fälle von Venenerweiterung und Unterschenkelgeschwüren festgestellt worden, ebenso viele Wundheilungsstörungen des Auges. Die Wägelbetreiberinnen sehen größtentheils sehr erschöpft und blutarm aus. Tuberkulose ist auch bei ihnen keine Seltenheit.

Ähnlich steht es auch mit den Mädchen in Bazaren und Ladengeschäften. Die Zahl der an Blutarmuth und Chlorose leidenden Mädchen ist eine ungewöhnlich hohe. Die Folge des Stehens während des ganzen Tages sind außerdem öfter geschwollene und schmerzhaft entzündete Füße.

In größeren Sägewerken, in denen die Arbeiter eine übermäßig lange, anstrengende Arbeit zu verrichten haben, sehen sie oft schlecht aus.

Die Bieglern machen in den Betrieben mit langer Arbeitszeit in der Regel den Eindruck von abgearbeiteten, ihre Kräfte vorzeitig aufzehrenden Personen. Abgesehen von den Augenentzündungen, die später gerne in Schwindsucht übergehen, sind rheumatische Schmerzen in den unteren Extremitäten, akute Gelenkrheumatismen mit Betheiligung des Herzens, sowie namentlich Fußgeschwüre sehr häufig aufgefallen. Das häufige Auftreten der Fußgeschwüre ist auf das Conto der anhaltenden stehenden Beschäftigung zurückzuführen, deren Folgen bei so übermäßigen Arbeitszeiten besonders stark hervortreten.

Die mit dem Rüblergewerbe als Handindustrie beschäftigten Arbeiter sehen sehr schlecht aus. Sie leiden sehr häufig an Lungenentzündung und anderen Krankheiten, die auf zu große Anstrengungen zurückzuführen sind. Auch ist ihre Ernährung wegen des sich aus dieser Arbeit ergebenden geringen Verdienstes äußerst mangelhaft.

Auch die Arbeit in staubgefüllten Räumen, wie sie in Federfabriken und Lumpenfortirungsanstalten vorkommt, wirkt namentlich auf schwächliche oder kranke Personen schädlich. Das Aussehen dieser Arbeiterinnen ist ein so schlechtes, daß es abstoßend von dem der anderen Arbeiterinnen.

Zum Schluß sei auf die Cigarrenindustrie hingewiesen. Denn sie beweist, daß sogar sitzende Beschäftigung, wenn sie längere Zeit ausgeübt wird und außerdem mit schlechter Nahrung verbunden ist, eine furchtbare Gefahr für die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wird. Es entsteht zunächst hochgradige Blutarmuth, welche dann die sonst vielleicht gar nicht zur Entwicklung kommenden Anlagen zur Schwindsucht zur Ausbildung bringt. Auffallende Vorkommnisse dieser Art sind wiederholt beobachtet worden. Die große Verbreitung der Schwindsucht ist auch statistisch festgestellt worden. So betrug im Jahre 1897 im Amtsbezirk Bruchsal, welcher eine ausgedehnte Cigarrenindustrie umfaßt, die Sterblichkeit an Schwindsucht für die Cigarrenarbeiter 0,47 pCt., für die anderen Einwohner 0,21 pCt., also noch nicht die Hälfte. In dem Amtsbezirk Wiesloch ist die Differenz noch viel größer.

Solche Zustände kommen sogar noch in dem Bezirke der badischen Gewerbeinspektion, also dort, vor, wo die Behörde wirklich seit vielen Jahren ernsthaft auf eine Besserung der Arbeiterverhältnisse hinarbeitet. Das ist auch durchaus begreiflich. Denn die bestehenden Arbeiterschutzgesetze sind so ungenügend, daß beim bösen Willen der Unternehmer diese Mißstände nur sehr langsam oder gar nicht zu beseitigen sind. Und auf bösen Willen stoßen die Beamten nur viel zu oft. Bei jedem Schritt müssen sie die Erfahrung machen, daß ihre Warnungen und Mahnungen bei einem großen, oft genug bei dem allergrößten Theil der Unternehmer ungehört verhallen. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als daß durch bessere Arbeiterschutzgesetze das erzwungen wird, was notwendig ist.

In dieser Beziehung ist die Erfahrung recht lehrreich, welche das badische Ministerium des Innern mit seiner Anordnung vom 27. Mai 1890 gemacht hat. Nach dieser Anordnung mußte in Bijouteriefabriken entweder jedem Arbeiter ein Luftstrom von 10 Rbm. gewährt werden, oder eine künstliche Ventilationsrichtung getroffen werden. Die Folge dieser Vorschrift ist, daß jetzt, nach 7-jähriger Geltung derselben mit verschwindenden Ausnahmen die große Zahl alter, niederer und schlecht beleuchteter Lokale der Altstadt verschwunden und durch schöne, helle und luftige Fabriken zumeist an der Peripherie der Stadt ersetzt ist. Trotzdem hat diese Industrie nicht ihren Untergang gefunden, sondern im Gegentheil einen großartigen Aufschwung erzielt.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde

aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.

Von C. Spindler.

(16. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Wie heißt das deutsche Sprichwort?“ fragte der Prälat. „Das eine vernünftige unter Tausend albern: Alles, was Du willst, geschieht, so Dir's nicht an Muth gebriecht.“ „Wehziges das und folge meiner Weisung; dann kann noch ein flammendes Kirchenlicht aus Dir werden. Vor der Hand lasse Dir's indessen heute bei mir gefallen und nimm vorlieb mit meinem Tische.“

„Das wird mir nicht schwer fallen,“ scherzte Dagobert, dessen schelmisches Lächeln, sowie der verstohlene Blick auf die Leibesfülle des Oheims dem Letzteren nicht entgingen.

„Hm,“ sprach dieser mit aufgeworfenem Munde, „freilich findest Du auf meiner geringen Tafel keine Pfefferkugel, keine Saffranbrähe, wie sie hier erfordert wird, keinen Wildbraten, der durch seinen Geruch jede feine Nase von dannen scheucht, aber der deutschen Jäger und Edelkute köstlichste Speise ist. Ebensovienig aber darfst Du hoffen, bei mir ein schwelgerisches Mahl zu genießen, sondern die einfache Kost eines Dieners der Kirche, deren Oberhaupt sich einen Knecht der Knechte nennt.“

Die hübsche Pförtnerin, deren Neugierde durch den so sehr verlängerten Besuch auf's Höchste gereizt worden war, steckte, erinnernd an den Imbis, den Kopf in die Stube.

„Wir haben hier einen Gast,“ rief ihr der Prälat freundlich nickend zu. „Diesen jungen Mann, in welchem ich Euch, werthe Fiorilla, meinen geliebten Neffen Dagobert vorstelle.“

Fiorilla staunte ein Weilchen den Jüngling an, der so schnell ein Verwandter des Hauses geworden war; hierauf folgte sie jedoch der empfangenen Weisung, legte

für den Geladenen Tellerbrod und Telleruch auf, setzte einen schön gearbeiteten Becher an seinen Platz und begab sich hinweg, um die Speisen herauf befördern zu lassen. Dagobert hatte genau bemerkt, wie sein Oheim mit den Augen jeder Bewegung der holden Dienerin gefolgt war, und von Zeit zu Zeit auf ihn selbst einen prüfenden Blick geworfen hatte. Er gab sich daher alle Mühe, recht unbefangen zu scheinen, und fragte den Prälaten mit seinem besten Gleichmuth, ob Fiorilla etwa auch eine Verwandte sei, oder ob das Verhältniß der Magd sie an das Haus binde.

„Hironymus befaß sich eine Weile. „Dieses Mädchen,“ sagte er hierauf, „ist nicht Verwandte, nicht Dienerin, sondern eine Tochter edlen Hauses, aus Cesena gebürtig, die durch ihr besonderes Vertrauen in mich meine Freundschaft und väterliche Theilnahme gewann. Ihre Neugierde und Lust, die Welt zu sehen, zu befriedigen, erlaubte ich ihr, einer schuldlosen Waise, mich hierher zu begleiten, wo sie dann als Freundin mein kleines Hauswesen zu besorgen unternommen, während sie vor der Welt, die in dem reinsten Verhältniß eine Sünde wittert, meine Waise heißt.“

„Obgleich ich die runde Maid mit den Flammengaugen nicht ungern mein Wäschen nenne,“ meinte Dagobert, „so begreife ich doch nicht, wie ein Mann von Eurer Würde und Heiligkeit sich zu dieser Unwahrheit herablassen konnte.“

„Ach, Du weißt nicht,“ seufzte der Ohm, „wie die Welt im Argen lebt; wie sie sich freut über den Fall des Gerechten und aus seiner Unschuld die bittere Schuld saugt. Die Deutschen andererseits, trotz ihrer Nachsichtigkeit, ihren unzähligen Tölpeln und heidnischen Philosophen. Wer ist es, der das Leben des Priesters einer solch unchristlichen Untersuchung unterwirft, wie auch mir erdört worden? Der Deutsche. Wer wagt es, Prälaten, Bischöfe, Kardinäle, und Gott sei es geklagt, den Unschlaren in Rom selbst in seinem häuslichen Thun zu weisern? Der Deutsche. Wer schreit am ungehörigsten nach einer allgemeinen Kirchenverbesserung? Der Deutsche. O der Sünde!

die Kirche und ihre Satzungen will er umstürzen und erneuern, gleich als ob sie Menschenwerk wären, und nicht das Vollkommenste; Gottes und seines Sohnes Werk!“

Dagobert, der den Meinungen seines Oheims nicht offene Fehde bieten wollte, so sehr auch seine Ansichten von ihnen abwichen, betrachtete still lächelnd die Schnabelspitzen seiner Stiefel und athmete freier, als endlich der Imbis aufgetragen war, und somit das ernst werdende Gespräch ein Ende hatte.

Bei Tische, während des Genusses der feinsten Speisen, die eines Erzbischofs Tafel zu Ehren gebracht haben würden, hatte der junge Mann Gelegenheit genug, zu bemerken, daß die Freundschaft seines Oheims zu Fiorilla wirklich eine große war. Die leckersten Bissen legte sie dem Prälaten vor, und dieser schob das Lederste von ihnen auf ihren Teller. Seinen und des Neffen Becher füllte er halb mit Wein, halb mit Wasser, in Fiorillas Reichthum perlte der reinste italienische Feuerwein. Während nun Dagobert zum Nachtisch mit vaterländischem Käse abgesselt wurde, fütterte Oheimchen Fiorilla mit dem schmackhaften in Honig gefaßten Ingwer und mit der süßen Weichselatwerge. Venetische Mandeln und Weinbeeren wurden aufgetragen, um von dem Hausherrn benaht und an Fiorilla verschenkt zu werden. Endlich betheuerte die Letztere ernstlich, zur Gemüthe versorgt zu sein und bemitleidete scherzend den Gast, daß ihm nichts von diesen Leckereien beschieden gewesen. Dagobert lächelte achselzuckend, der Oheim sprach aber trocken:

„Mein Neffe macht sich sicher nichts aus all den Süßigkeiten, denn er ist ein Deutscher, und eine Ochsenkeule ihm lieber als eine feine Tafel, wär's auch die des Herrn Kardinals Zabrella, der doch auf das Essen etwas hält.“

„Alles gleicht sich an,“ erwiderte Dagobert, „derbe Kost giebt auch derbe Menschen.“

„Richtig,“ meinte der Prälat, „und feine Speise zieht den feinen Mann.“

Fiorilla gab einige Worte dazwischen, die nicht un-

So muß es überall und auch mit der Herabsetzung der Arbeitszeit und der gehörigen Einrichtung der Arbeitsräume gemacht werden. Zur Erlangung höherer Löhne und damit zur besseren Ernährung ist aber ein freies Vereins- und Versammlungsrecht für alle Arbeiter und Arbeiterinnen unerlässlich. Hierfür werden und müssen daher die Arbeiter unermüdblich kämpfen. Die herrschende Klasse aber muß schließlich nachgeben, denn die Zustände werden von Tag zu Tag unerträglich.

„Elberfelder Freie Presse.“

Aus Nah und Fern.

Antikonservative und konservative Beschleunigung. Als „zweiter Luther“ führt Herr Uhlwardt sich jetzt in seinem Wahlkreise ein. In einer Wahlrede zu Friedeberg erklärte er, daß in der Wahl seiner Person der Wahlkreis ein großes kulturhistorisches Wert vollbracht habe, zu vergleichen mit dem Anheften der 95 Thesen in der Schloßkirche zu Wittenberg durch Doktor Luther. — Durch ein Extrablatt des „Lauenburger Kreis- und Hotel-Blattes“ wurde am Freitag in dem stillen Städtchen Bülow, im Wahlkreise Bülow-Schlammhummelsburg, eine welterschütternde Begebenheit zur Kenntnis der Bewohner gebracht. Das groß und fett gedruckte Extrablatt meldet Folgendes: „Bülow, 15. April. Die Versammlung des konservativen Vereins in Bülow ist großartig verlaufen. Es herrscht eine enthusiastische Begeisterung in Folge der Rede des Reichstagsabgeordneten Jacobsblätter.“

Jußt aus Ostelbien. Der amtliche „Anzeiger für Herrnstadt“ (Schlesien) meldet in seiner Nr. 31 aus Wijnzig: Am 11. März d. J. waren Leute des Dominiums Klein-Wangern auf dem Bahnhofs, um Dünger zu holen. Dabei hatte sich der Ochsenknecht August Sch. verspätet; er war mit dem Füttern seiner Pflegebefohlenen nicht rechtzeitig fertig geworden und wurde nun dieserhalb ohne Rücksicht auf die Veranlassung vom Gutsherrn derart „blau angelassen“, daß sich die Frau des Knechts nicht enthalten konnte, das Wort zur Vertheidigung zu ergreifen. Der Lieutenant Buse gebot ihr Schweigen, aber die alte Frau hat niemals in der Kompagniefront gestanden und besitzt vom „Ordnungsreparieren“ nicht genügend Ahnung; sie konnte sich nicht gleich beruhigen und erhielt deshalb eine Ohrfeige oder zwei, daß sich die kleine schwächliche Frau auf der Erde herumkugelte. Nun erhob ihr Ehemann Protest und ergriff einen großen Stein, um Herrn Buse zu werfen. Letzterer rückte indes dem Knecht derart auf den Leib, daß diese Absicht nicht zur Ausführung gelangen konnte. Sch. und seine Frau kehrten nun, gefolgt vom Gutsherrn, in's Gesindehaus zurück. Daß er den Knecht dort gegen die Treppe geworfen, wie die Angeklagten behaupten, befreit Herr Buse; dagegen hat er gehört, daß Sch. oben in seiner Wohnung unter Geräthen herumwühlte und die Aeußerung that: „Wenn der . . . die . . . noch nicht hält, dann kriegt er ein paar mit der Robehade!“ Die Sache hatte ihr Nachspiel: Herr Buse machte Anzeige und der Knecht Sch. wurde wegen ruhestörenden Lärms, Beleidigung und Bedrohung zu 20 Mk. Geldstrafe eventuell 4 Tagen Haft, seine Frau wegen ruhestörenden Lärms zu 3 Mk. Geldstrafe event. 1 Tag Haft verurtheilt. — Wer erinnert sich beim Lesen dieses Gerichtsberichtes nicht des erschütternden Vorganges den Fritz Reuter in seinem Gedicht „Kein Hüßung“ schildert? Es scheint übrigens nichts Vereinzelteres zu sein,

daß die Arbeiter und Arbeiterinnen des Dominiums Klein-Wangern dem für das „Gesinde“ bestehenden Ausnahmegesetz zum Opfer fallen. Ein weiterer Gerichtsbericht des W. meldet: „Die Magd Gutba J. hatte auch am Neujahr den Dienst auf dem Dominium Klein-Wangern angetreten; sie unterließ es angeblich wiederholt, den Hof zu kehren und Herr Buse machte ihr deshalb Vorwürfe. Die Magd machte ihrer Erregung hierüber im Stalle in einer respektlosen Aeußerung über den Gutsherrn Luft und zog sich auf diese Weise eine Anklage wegen Ungehorsams und Beleidigung zu. Das Urtheil lautete auf 20 Mk. Geldstrafe event. 4 Tage Haft.“

Der billige Schreiber des Herrn Landrath. Genosse Erdmann, Redakteur der „Tribüne“, stand am Sonnabend vor der Strafkammer in Königsberg, um sich gegen eine Anklage wegen Beleidigung des Landrathes Brauch in Insterburg zu verantworten. Der Anklage zu Grunde lag eine Korrespondenz aus Insterburg. Dort war berichtet, daß der Landrath auf seinem Bureau einen Sergeant als Schreiber ein ganzes Jahr beschäftigt habe, trotzdem derselbe vom Regiment, das ihm monatlich achtzig Mark zahlte, zur Ausbildung als Chauffeuraufseher kommandirt war, und zwar ohne Entgelt. Es war in der Notiz die Erwartung ausgesprochen, daß der Landrath, der doch für seine Schreibhülfe vom Staat Bezahlung erhält, dieses Geld an das Regiment abführen würde, da das Regiment doch benachtheiligt ist. Daraufhin sandte der Landrath eine Verchtigung, die dahin ging, daß der betreffende Sergeant gar nicht zu ihm kommandirt, sondern zu ihm gekommen sei mit der Bitte, ihn während eines Urlaubs zu seiner Ausbildung auf dem Bureau zu beschäftigen. Er habe ihm diese Bitte gewährt und nach Beendigung der Beschäftigung ein größeres Geldgeschenk gemacht. Die „Tribüne“ brachte diese Verchtigung zum Abdruck und knüpfte daran die Bemerkung, daß der Truppentheil einen Sergeanten zur Ausbildung auf dem Bureau nur für ein halbes Jahr beurlaubt und die Subsistenzmittel gewährt. Da der betreffende Sergeant aber für ein Jahr Diäten erhielt, lag doch zweifellos die Absicht vor, ihn in einem technischen Beruf ausbilden zu lassen. Wegen dieser Artikel, die auch von einem Insterburger Blatt übernommen wurden, stellte der Landrath Strafanklage wegen Beleidigung. In der Verhandlung bekundete er als Zeuge, daß der Sergeant eines Tages zu ihm gekommen sei mit der Bitte, ihn in seinem Bureau zu beschäftigen, da er beurlaubt sei. Trotzdem er genug Kräfte gehabt, habe er ihm gesagt: „Sie können hier arbeiten.“ Um die militärischen Bestimmungen, daß der Mann zum Bureau dienst nicht auf ein Jahr beurlaubt sein konnte, habe er sich nie gekümmert und ihm vollen Glauben geschenkt. Auf die Frage, ob er, wenn der Sergeant nicht gekommen wäre, sich nicht hätte einen anderen Schreiber anstellen müssen, meinte er, dann hätte er einen anderen genommen, der vielleicht auch umsonst die Arbeit gemacht. Vom Beleidigung auf einen ähnlichen früheren Fall, einen Wachtmeister Kurella betreffend, aufmerksam gemacht, giebt er die Möglichkeit schließlich zu, daß derselbe auch bei ihm beschäftigt gewesen ist, unter welchen Bedingungen, kann er sich nicht mehr bestimmen, weil das Jahre zurückliegt. Die Verfügung des Bezirkskommandos, daß der Sergeant auf ein Jahr zu ihm kommandirt sei behufs Ausbildung als Chauffeuraufseher, ist merkwürdigerweise in seinem Bureau nicht zu finden gewesen, auch habe er dieselben nicht zu Augen bekommen. Rechtsanwalt Haase als Vertheidiger beantragte die Freisprechung des Angeklagten, weil alle in dem inkriminirten Artikel angeführten Thatsachen durch die Verhandlung voll und ganz er-

wiesen sind. Es stehe zweifellos fest, daß der Militär-fiskus um 480 Mk. Diäten für ein halbes Jahr geschädigt ist. Kann man dem Landrath nicht die Absicht zum Vorwurf machen, so ist er mindestens fahrlässig gewesen und hat dadurch die Schädigung des Fiskus verschuldet. Der Angeklagte habe sich ein Verdienst erworben, daß er den Mißstand, der zweifellos im Bureau des Landrathes besteht, öffentlich aufgedeckt und dadurch hoffentlich die Beseitigung desselben veranlaßt hat. Die Form des Artikels ist derart gewählt, daß auch nicht ein Fota als Beleidigung für den Landrath betrachtet werden kann, und das Gericht habe nicht, wie der Herr Staatsanwalt, zwischen den Zeilen zu lesen, sondern nur das zu beurtheilen, was in den Zeilen gesagt ist. Das entspricht aber vollständig der Wahrheit, weshalb er die Freisprechung des Angeklagten beantragen muß. Das Urtheil lautete auf 14 Tage Gefängniß und Publikationsbefugniß, weil der Gerichtshof doch als erwiesen erachtete, daß der Angeklagte in Bezug auf den Landrath unwahre Thatsachen behauptet hat.

Säuleute und Braumeister. Der Braumeister einer Kölnener Brauerei war wegen Unterschlagung von drei Fässern Bier angeklagt, die er zwei Säuleuten und einem Wachtmeister ohne Bestellung und ohne Zahlung zu fordern, zugesandt hatte, und auch ohne seinem Dienstherrn davon Mittheilung zu machen. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht bekundeten mehrere Braumeister, daß es Usus sei, den Revierschuleuten von Zeit zu Zeit ein Faß Bier zu senden; das liege im Interesse des Geschäfts. Auf Grund dieser Aussagen nahm das Gericht an, daß dem Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe und sprach ihn frei.

Der Bierkrawall in Frankfurt a. M. im Jahre 1873. Am „Niddelschlag“, d. h. am vorletzten Tage der Messe, spielte sich vor fünf und zwanzig Jahren der sogenannte Frankfurter Bierkrawall ab. Die „N. Pr.“ erinnert an das Vorkommniß, das nicht so harmlos war, wie es benannt ist. Und doch handelte es sich nur um eine Folge der Erhöhung der Bierpreise. Schon acht Tage vorher war es bekannt, daß Ruhestörungen geplant waren. Das Militär war darum in den Kasernen konsignirt, der Polizei wird aber in den Frankfurter Blättern jener Zeit der Vorwurf gemacht, daß sie an dem Tag zu wenig Schutzmannschaft in Dienst gestellt und auf eine zu große Zahl Beobachtungspunkte vertheilt hatte, so daß ein Ersticken der Ruhestörungen gleich im Anfang nicht möglich war. Fast zu gleicher Zeit, Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, brach der Krawall in den Wirthschaften und Brauereien, wo Alles demolirt wurde, an der Konstablerwache, Jahrgasse, Großen Gallusgasse und Bodenheimer-gasse los. Das Militär schritt überall ein, und da ihm heftiger Widerstand entgegengekehrt wurde, kam es zu scharfem Schießen. Im Heiligengeistspital zählte man am andern Morgen 16 Tode und 37 Verwundete, im Bürgerhospital 2 Tode und 4 Verwundete, darunter eine ganze Anzahl, die mit dem Krawall absolut nichts zu thun hatte. Die Zahlen erhöhten sich später noch etwas. Gegen 200 Verhaftungen wurden vorgenommen. Diezüge der Offenbacher Lokalbahn durften keine Passagiere ausladen, sondern mußten, wie sie gekommen waren, den Rückweg antreten. Am andern Tag rückte weiteres Militär von Homburg, Mainz usw. ein, das die Hauptgebäude der Stadt besetzte. Den durch die Ruhestörungen verursachten Schaden schätzte man auf über 100 000 Mk.

deutlich merken ließen, daß ihr eine kräftige Verbtheit nicht mißfalle, indem sie immerhin Bürge eines kräftigen Gemüths sei.

„Es muß mich wundern“, sprach sie endend, „Hochwürdiger Herr, daß Ihr an dem Messen tabeln zu wollen scheint, was Ihr an der Nichte gut heißt.“

„An Euch, mein Väschen?“ fragte Dagobert munter, und warf, dem eifersüchtig lauernden Ohm zum Troste, einen feurigen Blick in Fiorillas Augen.

„Nicht doch“, antwortete diese erröthend. „Ich spreche von der Nichte Sr. Hochwürden.“ Monsignore gab der Geschwägigen mit verdrießlicher Miene ein Zeichen zum Schweigen. Dagobert, dem auch dieser Blick nicht entging, hatte übermüthig Muthwillen genug, weiter zu forschen.

„Seid Ihr's also nicht, liebes Väschen?“ fragte er, — „der — von welcher Nichte ist denn hier die Rede, Ohm?“

„Von wem sonst als von Deiner Schwester?“ brach der Letztere unmutig los.

„Von Wallraden!“ rief Dagobert.

„Freilich von ihr“, versetzte Fiorilla. „Was meint Ihr, Hochwürdiger Herr, sie wird viel Freude haben, ihren Bruder zu sehen, der gerade so muthig und entschlossen zu sein scheint, wie sie.“

„Wie ist mir denn?“ fragte Dagobert. „Wallraden wäre hier?“

„Ja doch“, entgegnete Fiorilla unbefangen. „Ihr wüßtet das nicht?“

„Verdrießliche Schwägerin!“ zürnte der Prälat gegen die Freundin: „Mulier taceat in ecclesiam!“

„In ecclesia!“ verbesserte Dagobert lächelnd. „Ein guter Spruch; aber ich verstehe nicht, warum Ihr mir ein Geheimniß aus der Anwesenheit meiner Schwester machen wollt, guter Dheim? Wir ist sie das gleichgültigste Ding von der Welt, macht mir nicht Liebe, nicht Haß. Wir beide, Wallraden und ich, wir konnten uns von

Jugend auf nicht leiden. Ich war ihr zu lustig, und sie war mir zu rauh. Ein Glück, daß sie ein Mädchen und nicht ein Bube geworden. Es hätte alle Tage blutige Köpfe gesetzt. Geithers sind wir aus einander gekommen, und haben uns natürlich nicht lieben gelernt. Sie wird mich nicht suchen, wie ich sie nicht. Wir würden uns doch gänzlich fremd bleiben, wohnen wir auch unter einem Dache.“

„Das wußt ich ja eben!“ fiel der Prälat ein: „Ich hatte mir's auch so schön ausgedacht, wie ich euch Trostköpfe mit guter Art zusammenbringen und veröhnen wollte, ehe ihr noch von eurer gegenseitigen Anwesenheit gewußt hättet. Durch die Fiorilla Cicatomilla ist mir das gute Werk vereitelt.“

„Es ist nicht meine Schuld“, schmolte die Gescholtene, „daß ich vielleicht in der besten Absicht Euer Vorhaben zu nichte machte. Ich wußte weder von dem Widerwillen der Geschwister, noch von der bezweckten Versöhnung. Ich wette indessen“, setzte sie mit einem verstockten Seitenblick auf den Jüngling bei, daß Eures Neffen reblich Gemüth auch ohne Ueberraschung und Vermittlung den rechten Weg einschlagen und die Bande fester knüpfen werde, die Vorurtheil und Zufall auflöckerten.“

„Ihr thut mir viel Ehre an“, erwiderte Dagobert höflich: „ich muß sie aber ablehnen. Wallrad's hochfahrender Sinn hat sich stets so trotzig erwiesen in jedem Verhältnis des Lebens, daß ich, selbst bei dem reblichsten Willen, die Hoffnung aufgeben mußte, ihn für meine reblichste Gutherzigkeit zu gewinnen. Auf der anderen Seite bin ich auch nicht der Mann, der Weiberlaunen unterthan ist, wären es auch die einer Schwester, die einer geliebten Gattin.“

„Du versteigst dich;“ unterbrach ihn der Prälat; „nicht denken sollst du an eine Gattin, die du nimmer besitzen wirst.“

„Nun denn“, rief Dagobert lachend, „ist mir die

Liebe verboten, so ist mir doch die Freundschaft erlaubt. Nicht wahr, mein Väschen?“

Fiorilla nickte heimlich lächelnd, und Dagobert ergriff seinen gefüllten Becher.

„Auf gute Freundschaft denn!“ sprach er schmeichelnd und klang mit Fiorillas Kelchglas an. „Macht kein so finstres Gesicht, Dheim! Wir ungehobelten Deutschen müssen einmal den Becher zur Hand nehmen, ob wir Frieden machen, Krieg beschließen, der Minne oder der Freundschaft Bund heiligen. Wir wollen gute, gute Freunde sein, Väschen Fiorilla, oder Blümchen! Aber selbst Eure Launen trag ich nicht.“

Fiorilla setzte das Glas mit lieblicher Geberde an den Mund, und während ihre Lippen nippten, ruhte ihr Auge seelenvoll auf des Jünglings blühendem Gesicht. Der Prälat rückte unruhig auf dem Stuhle, und drohte der Stalienerin verstohlen mit dem Finger. Die Leichtfertige lachte, Dagobert stellte sich aber, als habe er es nicht bemerkt, und fuhr in lustiger Laune fort:

„Ihr seid mir noch die Erklärung schuldig, bester Ohm, wie es kommt, daß ich Wallraden hier zu Costniß finde? Was führt sie her? In welcher Absicht ist sie hier?“

„D seht“, rief Fiorilla, „seht, wie diese Neugierde schon verborgene Theilnahme verräth.“

„Sie kam auf meine Ladung, mich zu besuchen“, antwortete der Prälat dem Neffen kurz und gleichgültig. „Eine Stiefmutter hat Euch Beide aus Eurem Stammhause vertrieben. Ich halte es für Pflicht, Vaterstelle bei Euch zu vertreten, die der schwache Vater verließ. Indem ich Wallraden vor sechs Jahren mein durch Erbschaft mir zugefallenes Gut in Thüringen überließ, gab ich ihr schon ein sorgenfreies Gesicht, und behielt mir dafür nichts vor, als die Befugniß, ihr einen Gatten zu wählen, und diesen Gatten denke ich ihr hier zu freien.“

(Fortsetzung folgt.)